

Abgeschobene Roma im Kosovo

Journalistische, juristische und
medizinische Recherche 2014

Plementina.
In einer Baracke zeigt ein
Mädchen, wo sie Holz
für den Kaffee findet.

Seit dem Rückübernahmeabkommen mit dem kosovarischen Staat von 2010 werden aus der Bundesrepublik Deutschland kontinuierlich Roma dorthin abgeschoben. Eine politische Entscheidung, die mit den realen Verhältnissen vor Ort nichts zu tun hat. Der Recherchebericht „Abgeschobene Roma im Kosovo“ dokumentiert Schicksale von Abgeschobenen und ihre prekäre Situation. Die

Fotos auf den Seiten I-XII dieses Heftes sind der Dokumentation dieser Reise entnommen worden und von koop-bremen freundlicherweise zur Verfügung gestellt.

Die Dokumentation kann beim Flüchtlingsrat in Kiel bestellt werden (office@frsh.de) oder ist aus dem Internet herunterzuladen: www.alle-bleiben.info/abgeschobene-roma-im-kosovo-journalistische-juristische-und-medizinische-recherchen/

Tatsächlich aber sind Roma in ihren vermeintlich sicheren Herkunftsländern faktisch nicht nur vom Besuch öffentlicher Schulen ausgeschlossen. Ihr Anteil an den 2/3 der arbeitslosen Jugendlichen z.B. in Serbien liegt bei 95 Prozent, eine Krankenversicherung mithin eine Gesundheitsversorgung existiert für Roma faktisch nicht. Ihre weder mit Strom noch Wasser versorgten „Siedlungen“ werden eins ums andere Mal mit Bulldozern platt gemacht, ohne dass alternativer Wohnraum bereitgestellt wird. Willkürliche ordnungsbehördliche Gewalt gegen Roma gehört in all diesen „Unsicherheitsländern“ zum verbreiteten Standard staatlicher Minderheitenpolitik. Selbst von Not- und humanitären Hilfsaktionen im Katastrophenfall – zuletzt bei den schweren Überschwemmungen

im Westbalkan – werden Roma ausgeschlossen. Da erscheinen bewaffnete Auseinandersetzungen – wie jüngst in Mazedonien – als kaum verwunderliches Zwischenergebnis der bisherigen Diskriminierungsstrategie gegen Roma.

Die systematische Diskriminierung von Roma und anderen ethnischen Minderheiten führt regelmäßig zu Überlebensnöten, die allen Unkenrufen zum Trotz sehr wohl asylwürdig sind, ist der Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein überzeugt.

Der Verein hofft, dass die Landesregierung Schleswig-Holstein und die im Landtag vertretenen Parteien sich von einer von ethnischer und sozialer Selektion gekennzeichneten Asylpolitik

distanzieren und ihren Vollzug verweigern werden.

Argumentationshilfen für eine bessere Politik, die sich nicht vor den Karren Solcher spannen lassen will, die derzeit die Erklärung Kosovos, Albaniens und Montenegros zu ‚sicheren Herkunftsstaaten‘ einfordern, liefern der Völkerrechtler Norman Paech mit seinem aktuellen Rechtsgutachten (siehe S. IV) und die zahlreichen erschütternden Geschichten, die Roma und andere Minderheitenangehörige über ihre Fluchtgründe erzählen können – wenn man sie nur fragt.

